

Runder Tisch beim Amtsgericht Freising

1198/09BB
D8/8568

Staatsanwaltschaft Köln
Am Justizzentrum 13
50939 Köln

Per Fax vorab

1198/09BB D8/8568

19.05.2009

Runder Tisch/Strafanzeige

Strafanzeige des Runden Tisches beim Amtsgericht Freising

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatten die Unterzeichner im Auftrag von Teilnehmern des Runden Tisches Strafanzeige gegen Frank Rendez, Mandy Berghoff, Henning Walther, Holger Rettler, Jochem Gruyters, Stefanie Frebel, Dr. Katja Kessler und gegen Unbekannt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Misshandlung von Schutzbefohlenen.

- Die unterstützenden Mitglieder des Runden Tisches sind Fachjuristen im Familienrecht und Fachleute aus dem Bereich der Frauen, Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk des Landkreises Freising. Die Strafanzeige richtet sich gegen die geplanten und bereits zum Teil aufgezeichneten Fernsehsendungen "Erwachsene auf Probe" des bundesweit ausstrahlenden Senders RTL. Als Material haben wir beigefügt die im Internet abrufbare Pressemappe (Seite 1-4) sowie zwei Berichte aus der Süddeutschen Zeitung vom 18.05.2009. Weiterhin beigefügt wurde der Entwurf des offenen Briefes von Teilnehmern des Runden Tisches an RTL.

Aufgerüttelt wurden die Mitglieder des Runden Tisches durch eine Stellungnahme von OA PD Dr. med. Karl Heinz Brisch, LMU-Klinikum der Universität München, Dr. von Haunersches Kinderspital, Kinderklinik und Poliklinik, pädiatrische Psychosomatik und Psychotherapie, Pettenkoferstr. 8 a, 80336 München. Herr Dr. Brisch führt hierbei aus, dass aus seiner Sicht Babys zweifelsohne nicht nur großen Stress durch die Wegnahme der Kinder von den Eltern in der geplanten Sendung erleiden, sondern auch in ihrer seelischen

Runder Tisch beim Amtsgericht Freising

Gesundheit geschädigt werden. Hier ist zunächst die ethische Vorwerfbarkeit und die Verletzung der Menschenwürde, über die die Eltern der Kinder nicht ohne weiteres verfügen können, ausgeblendet.

Das Erleiden von Stress und körperlichem Unwohlsein, vorsätzlich herbeigeführt, ist nach ständiger Rechtsprechung eine Körperverletzung, die den Tatbestand des § 223 StGB erfüllt, vgl. Fischer StGB zu § 223 Rn 4.

Der Erfolg der Tathandlung muss eine negative Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens sein. Dieser liegt immer dann vor, wenn davon auszugehen ist, dass die länger andauernde Trennung von den Eltern erwiesenermaßen Stresssymptome bei Babys auslöst. Damit kann bei den bereits vollzogenen Trennungen der Kinder von den Eltern eine vollendete Körperverletzung vorliegen.

Die Fachwelt weiß, dass sich in den ersten 10 bis 12 Lebensmonaten die Bindung zu den Hauptbezugspersonen der Babys ausbildet und Störungen mit Stresssituationen empfindliche Entwicklungsstörungen zur Folge haben können. Wer will, kann auch wissen, dass man Babys im ersten Lebensjahr möglichst nicht länger als 10 bis 12 Stunden von ihren Hauptbezugspersonen trennen soll. Es ist deshalb unverantwortlich und nach unserer Meinung strafrechtlich relevant, wenn die Eltern ohne Not ihre Babys für 96 Stunden an ein „Babydschungelcamp“ „verkaufen“. Das kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, dass sie das „Experiment“ aus der Nachbarschaft mit Überwachungskameras beobachten und jederzeit abbrechen können. Der Unterhaltungswert dieser Aktion besteht ja darin zu zeigen, welchen Erziehungsproblemen völlig unvorbereitete 16- bis 19-jährige junge Menschen ausgesetzt werden und wie sie schlecht und recht damit klarkommen.

Spätere Einwirkungen auf das seelische Wohlbefinden, die durch psychischen Stress verursachte posttraumatische Belastungsstörungen auslösen, die auch aus solchen Erlebnissen herrühren können, sind als Spätfolgen zu qualifizieren und bedürfen der Überwachung seitens der Jugendämter. Es ist davon auszugehen, dass das Erlebte nicht nur einmalig zur körperlichen und psychischen Beeinträchtigung, also Körperverletzung führen kann, sondern auch nachhaltig zur psychischen Schädigung der Gesundheit. Die Schädigung der Gesundheit beginnt damit bereits mit dem Akt der Trennung von den Eltern.

Dieser Eingriff in die körperliche Integrität ist durch nichts gerechtfertigt, weder durch hier nicht vorhandenes sozialadäquates Handeln, noch durch die Unausweichlichkeit einer Lebenssituation. Das Risiko der Körperverletzung wird bewusst durch alle Beteiligten herbeigeführt und gefördert, die an dem Projekt dieser Fernsehsendung mitwirken. Daher sind alle an der Produktion dieser Sendung Verantwortlichen einschließlich der Kameralleute und anderer Beteiligter strafrechtlich haftbar für etwaige körperliche oder psychische Verletzungen der Babys. Es ist daher auch nicht nur gegen die Eltern und die verantwortlichen Filmemacher, sondern gegen alle tatsächlich Beteiligten wegen Tatherrschaft oder Beihilfe zur Körperverletzung zu ermitteln. Erst die Teilnahme jedes einzelnen ermöglicht die Umsetzung der

Runder Tisch beim Amtsgericht Freising

Körperverletzung.

Gegen die Eltern der überlassenen Kinder ist des weiteren wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen zu ermitteln. § 225 StGB sieht vor, dass, wer eine Person unter 18 Jahren, die seiner Fürsorge untersteht, quält oder grob misshandelt, oder wer durch böswillige Vernachlässigung seiner Pflicht, für sie zu sorgen, sie an der Gesundheit schädigt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu 10 Jahren bestraft. Wir gehen davon aus, dass dieser Tatbestand bei den Eltern möglicherweise erfüllt ist, weil sie bewusst das Risiko eingegangen sind, ihre Kinder gesundheitsschädigendem Stress auszusetzen. Denn nur mit der drastischen Darstellung der Erziehungsprobleme der jugendlichen "Eltern", der bei ihnen und gleichzeitig bei den Eltern und Kindern Stress verursacht, kann die Sendung nach ihrer Konzeption ihren Zweck erfüllen.

Unabhängig von den bisher abgedrehten Folgen, den bereits vorliegenden etwaigen Verletzungshandlungen, ist hier auch der Versuch strafbar sowie die Beteiligung.

Im Hinblick auf die weiteren drohenden Körperverletzungen wird gebeten zu prüfen, ob nicht durch die Ordnungsbehörden im Vorfeld wegen der angekündigten weiteren möglichen Körperverletzungen eine Ordnungsverfügung hier durch die zuständigen Behörden der Stadt Köln oder der Behörden am Drehort zu veranlassen ist, auch im Hinblick auf das Vorliegen oder die Notwendigkeit etwaiger Genehmigungen nach dem Jugendschutzgesetz für Dreharbeiten.

Kopie dieses Schreibens geht an das Jugendamt der Stadt Köln.

Nach Abschluss der Ermittlungen wird um Akteneinsicht gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Bertram Böhm
Rechtsanwalt